

Redebeitrag
Plenum, 13.12.2016
Haushaltsdebatte 2016-OB 50
-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,

OB 50 – Gesundheit und Soziales –

Im kaum einem anderen Bereich sind die Folgen einer jahrzehntelangen falschen Politik, auf EU Ebene, auf belgischer Ebene und auf DG Ebene spürbarer als hier.

Die sozialen Missstände und Entwicklungen sind meistens Folge einer einseitigen und ausbeuterischen Finanzpolitik.

Meistens.

Meine Damen und Herren,

der Anteil der Personen welche auf Hilfe der Lebensmittel Banken zurückgreifen, und sich beim Roten Kreuz anstellen um kostenlose Lebensmittel zu erhalten, ein Phänomen welches im städtischen Bereich seit Jahrzehnten gang und gebe ist, hat sich auch in unserem Gebiet verschärft.

Wenn man bedenkt, dass die Regierung und das Ministerium Im Jahre 2014 für mehr als 97.000,- € Restaurantkosten hat –

Erkennt man die Dekadenz in der Gospertstraße.

Wobei ich nicht weiß welche Restaurants besucht wurden, da man bekanntlich uns die Belege nicht zeigen möchte.

Eine Zwischenbemerkung:

Ich erinnere mich noch in der vergangenen Legislaturperiode sind wir mit dem Ausschuss 4 die Lebensmittelbank in St.Vith schauen gegangen. Damals erzählte die Dame, dass es große Probleme geben würde genügend Lebensmittel von den Supermärkten zu bekommen und sie immer weiter fahren müssten.

Sie erzählte dann noch von anderen Problemen, u.a. von einer irrsinnigen Vorschrift der AFSCA, bezüglich des Mindesthaltbarkeitsdatums, wo dann verschiedene Lebensmittel nicht mehr verteilt werden können, obwohl sie noch gut sind.

Und ich erinnere mich, dass wir damals von einem Zuschuss der DG von 25.000 € sprachen, also ich glaube das war vor drei oder vier Jahren-die aktuellen Zahlen habe ich nicht- vielleicht kann der Herr Antoniadis die aktuellen Zahlen nachreichen.

Interessant- ist mir damals schon aufgefallen dass die Regierung sich selbst eine Unkostenpauschale von 50.000 € pro Jahr gönnt, zu den bereits sehr hohen Gehälter der Minister,

also doppelt so viel wie für die Lebensmittelbank. Ich finde diesen Vergleich irgendwo interessant, auch interessant wenn Sozialverbände mal wieder mit der Regierung in Verhandlung treten, dann sollte man diese Zahl wissen. Oder auch Vereine, die dann oft ein Schreiben bekommen, „der Minister hat Ihnen das oder das gewährt“, also das sollten diese Organisationen dann wissen - aber die Vereine sollten nicht unbedingt sagen, dass sie es von uns wissen, denn wir sind bekanntermaßen nicht sehr beliebt bei der Regierung.

Meine Damen und Herren,

viele Menschen halten mit dem Tempo welches die Gesellschaft und die Wirtschaft vorgeben nicht mit, wir haben sie verloren trotz dichtem Sozialsystem. Der Leistungsdruck welchen die Gesellschaft vorgibt ist enorm.

Viele flüchten, und nehmen legale oder illegale Drogen oder Psychopharmaka.

In der Wallonie greift jede 8 Frau auf Antidepressiva zurück. Der Medikamenten Konsum erreicht immer neue Rekorde und auch der Medikamentenmissbrauch steigt.

Kinder werden ohne Frühstück zur Schule geschickt, wir haben Sozialhilfeempfänger in der zweiten und dritten Generation in unserem Lande.

Das bestehende Sozialsystem hat Lücken, ist teilweise ungerecht, verwaltet Armut, und führt zu Abhängigkeiten welche teilweise politisch gewollt sind.

Auch schafft dieses System für einige welche sich in ihm befinden nicht genügend Anreize eine Arbeit zu finden, der Unterschied zwischen dem Niedriglohn und dem Eingliederungseinkommen oder der Sozialhilfe sind zu gering. Insbesondere Aufgrund der hohen Lohnnebenkosten.

Ohnehin gibt es gar nicht genügend Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor –

Seit Jahrzehnten wurden diese ausgelagert –

Auf der einen Seite wird unser System aufgrund des demografischen Wandels immer teurer, auf der anderen Seite fehlen die Beitragszahlungen der jungen Generation –

Was die Nationalbank da an Prognosen in der letzten Woche vorgestellt hat –

Hört sich schön an – aber mit der Realität da draußen hat dies wenig zu tun.

Gestern sprachen wir über die Schulden der Gemeinschaft und der Staaten –
Aber auch Privatleute sind hoch verschuldet –
Und dies immer mehr –

Hinzu kommt, dass dem Staat im bestehenden System die Hände gebunden sind. Ich betone bei dem bestehenden System.

Zu der enormen offiziellen Staatsschuld von 450 Milliarden Euro.

Kommt die Implizite Schuld hinzu –

Als die Verpflichtungen des Staates an seine Bürger – Rente, Sozialsysteme etc.

Und dann sind wir bei der 6 fachen Summe.

So viel zur Sicherheit der Sozialsysteme und der Renten in unserem Land.

Selbst wenn man nur die offizielle Schuld nimmt und man annehmen würde –

Obwohl der Staat dies nie macht –

dass dieser jedes Jahr 3 Milliarden Euro tilgen würde, dann bräuchte dieser mehr als 150 Jahre um diese Schuld zu tilgen –

Generationen werden noch abzahlen, wenn die Schuldigen längst nicht mehr unter uns weilen.

Auch hier so ist es, sie wissen es –

Was die Schulden der privaten Haushalte und der Unternehmen angeht –

Da war ich sehr erstaunt, ich hab dies bis dato in meinen Reden nie angesprochen, wie hoch diese in Belgien im Vergleich zu anderen europäischen Staaten sind. Und ich erinnere: Soziale Missstände sind meistens die Folge einer verfehlten Finanzpolitik, auch das belegt die Geschichte.

Mehr als 250 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt sind die privaten Haushalte und die Unternehmen (ohne Banken) in Belgien verschuldet.

Vor 10 Jahren lag dies noch bei 200 Prozent.

Seit dem Jahr 2000 haben sich die weltweiten Schulden, der privaten Haushalte, der Unternehmen und der Staaten verdreifacht.

Und die unglaubliche Summe von mehr als 200 Billionen Dollar erreicht.

Für diejenigen die noch an den Nikolaus glauben, und auch nur einen Funken Hoffnung in die klassische Politik setzen, die muss ich enttäuschen, denn der Ofen ist bald aus.

Es wird krachen, Verhältnisse wie nach 1929 werden immer mehr realistisch.

Auch damals war die Ursache in einer verfehlten Finanzpolitik zu finden.

Die Gier einiger, gefördert durch unser Geldsystem hat die Massen in die Armut geführt und war der Grund der politischen Radikalisierung.

Das ist keine Schwarzmalerei, das ist Geschichte und Mathematik.

Wie sagte es Herr Paasch so treffend: „„Ich glaube, dass Vivant in der globalen Analyse der Ursachen für verschiedene Probleme im Finanzsystem durchaus recht hat.“

Was die Schulden der privaten Haushalte und die Folgen hier in der DG angehen, ein einfaches Beispiel:

Ein Bekannter erzählte mir, dass alleine im Raum St-Vith – mehr als 200 junge Erwachsene säumige Zahler bei ihrem Telefonanbieter sind.

Ja meine Damen und Herren,

so ist es.

Die Regierung der DG, gibt teure Studien in Auftrag um die Armut zu ergründen, das brauchen sie nicht – machen Sie die Augen auf, reden Sie mit einfachen Leuten auf der Straße.

Und hören sie uns genau zu.

Auch wehren wir uns den immer wieder aufgeführten Begriff – „Bekämpfung“ der Armut zu unterstützen, nein –

Wohlstand schaffen – allgemeinen Wohlstand schaffen, das sollte unsere Devise sein.

Zuerst einmal muss den Menschen dieses ausbeuterische Geldsystem erklärt werden, die Möglichkeiten haben sie – zahlreiche Jugendliche verlassen unsere Schulen ohne Basiswissen des Geldsystems und die verschulden sich dann und dann müssen sie Schritt für Schritt Lobby machen für alternativ und Komplementärwährungen - Ein Bildungsgeld wie in Brasilien wäre ein Anfang.

Saber genannt –

Schüler aller Altersklassen erhalten Gutscheine wenn sie schwächeren Schülern beim Lernen helfen –

Diese Gutscheine können sie dann verwenden für selbst eine höhere Ausbildung oder eine Hochschule zu besuchen, gerade für Einkommens schwächere Familien eine Chance.

Der Staat spart dabei Geld, durch weniger Zusatzstunden der Lehrer und die Schüler sind sehr motiviert.

Das soziale Gefüge wird gestärkt und viele erhalten Möglichkeiten welche ansonsten für ihre Eltern nicht finanzierbar sind.

Die Vivant Fraktion wird diesbezüglich im kommenden Jahre hier im Hause einen Vorschlag einbringen. Hier kann man Sozial-Politik mit Bildungspolitik sehr schön verbinden.

Weitere Beispiele wäre nationale Konsumscheine, welche eine Verfallsdatum haben ausgegeben wie die Ticket Restaurant's, zur Ankurbelung der nationalen Wirtschaft und als Hilfe für einkommenschwache Familien oder Rentner.

Auch dies würde dem Staat kaum Geld kosten, im Gegenteil, richtig gemacht würde es die Konjunktur beleben und Arbeitsplätze schaffen.

Auch hier – sie werden von uns hören.

Meine Damen und Herren,

aber auch die Menschen welche einer geregelten Arbeit nachgehen, haben Sorgen und Probleme.

Burn-out, vor zwanzig Jahren eine Randerscheinung, wird zu einer Modekrankheit – Und trifft alle Gesellschaftsschichten –

Der Krankenstand ist enorm hoch –

Die Maßnahmen der Föderalregierung – einer rechtsliberalen sind auf der einen Seite nur Symptombehandlungen –

Auf der anderen Seite werden sie die Probleme nur verschärfen.

Aber auch die föderale linke Opposition – bietet keine Lösungen an.

Im Gegenteil – auf Systeme zurückzugreifen welche nachweislich die Probleme nur verwalten, die Armut nicht lindern, und die Menschen in Abhängigkeiten führen und dann auch noch an einem ausbeuterischen Geldsystem festzuhalten, das ist grober Unsinn.

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Hat Einstein gesagt – und auch da hatte er Recht.

Gestehen sie sich doch einfach ein – dass sie, also alle klassischen Parteien – mit ihrem Latein am Ende sind.

Was wir bräuchten wäre eine Grundsicherung für jeden Bürger und gewisse Freiheiten.

Hier wäre ein Grundeinkommen angebracht –

Wie hoch die Summe sein soll ist nicht entscheidend.

Entscheidend wäre, dass man dadurch den Menschen, ohne Abhängigkeiten Freiheiten gibt.

Eltern sollten frei entscheiden können, ob sie selbst ihre Kinder erziehen, aber dafür brauchen sie Zeit.

Welche sie im aktuellen System nicht haben.

Mal hier drei Monate mal da ein Jahr, alles verkompliziert mit viel Bürokratie behaftet und ineffizient.

Weder Eltern noch Kindern tut man damit einen Gefallen.

Auch das wissen sie im Grunde.

Das kostbarste was die Menschen haben ist Gesundheit und Zeit.

Am besten beides zusammen -

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Aber freie Bürger, wollen Sie das?

Dann bräuchte man ja keine Bürgerbüros, könnte die Menschen nicht klein halten oder bevormunden.

Auch hier, informieren sie sich, und diskutieren sie darüber – eine Disput Veranstaltung hat es ja auch hier im Hause gegeben – wobei beide Redner in meinen Augen keine wesentlichen Argumente dafür oder dagegen hatten sondern sich mit Kleinigkeiten und Streitereien um Zahlen aufhielten, anstatt diese Vision mit Leben zu füllen.

Ja, die DG kann dies natürlich nicht –

Aber sie können Lobby dafür machen – Geld genug für Aufklärung und Studien haben sie ja, wie man im Haushalt erkennen kann – alleine 2014 – mehr als 140.000,- € Euro für Anzeigen – der größte Teil für unnötige Regierungspropaganda. Aber auch da-die Belege dazu haben wir nicht, die Regierung hat uns verweigert diese zu zeigen.

Oder wenn man an die 350.000,- Euro denkt welche man einsparen könnte, wenn man sich keinen extra Senator leisten würde, sondern jemand der ohnehin nicht ausgelastet ist, unseren Parlamentspräsidenten nach Brüssel senden würde –

Geld für solide Studien, und vernünftige Lobby an der richtigen Stelle ist da – das wissen sie –

Ein Bekannter kontaktierte mich bezüglich der Aussagen des DG Ministers in der Presse bezüglich der DG Krankenhäuser.

Oft ist mir dies hier aufgefallen –

Die DG Krankenhäuser hat es vor der DG gegeben, und sie werden auch weiterhin bestehen bleiben, wenn beide vernünftige Arbeit machen, gute Ärzte und gutes Pflegepersonal haben – und die Patienten zufrieden sind.

Reformen sind überall und in jedem Betrieb notwendig -

Das was Frau De Block vor hat, Puncto Generika, oder sonstige Arzneimittel, und hier sparen möchte, macht durchaus Sinn, denn nirgend gibt es höhere Gewinnmargen als in der Pharmaindustrie – wobei dies auch nur symbolisch ist.

Aber der Rotstift bei den Krankenhäusern ist falsch, und nicht durchdacht.

Die Föderalregierung sollte stattdessen anfangen den Senat aufzulösen.

Ich möchte Ihnen mal eine Zahl vor Augen führen.

Frau De Block will 90 Millionen im Krankenhaussektor einsparen.

Nach der 6. Staatsreform ist der Senat bedeutungslos geworden, vor der Reform verschlang dieser unnötige Apparat mehr als 80 Millionen Euro pro Jahr.

Heute sind es immer noch 50 Millionen Euro pro Jahr, hinzu kommen die Kosten der Senatoren welche die Parlamente versenden.

Hier wäre der Rotstift angesagt, anstatt bei den Krankenhäusern –

Herr Antoniadis, versuchen Sie doch ihren ehemaligen Chef von der Wichtigkeit der Krankenhäuser zu überzeugen, und er kann ja dann Lobby in Brüssel machen, den Senat aufzulösen und vorschlagen dieses Geld dem Gesundheitssektor zur Verfügung zu stellen.

Kein sozialer Kahlschlag, und die Menschen da draußen würden ihnen zujubeln.

Die nationale Presse würde titeln:

Die Deutschsprachigen setzen sich für die Krankenhäuser ein, und opfern dafür den Senat!
NVA hoch erfreut. De Wever sendet Glückwunschtelegramm nach Eupen.
Unten in Klammern, ...die Sache mit BHV ist nun vergessen.

Mal sehen wie sozial die Sozialisten denn sind.

Stellt man das Allgemeinwohl, das Wohl der kranken Menschen vor den unnötigen Erhalt einer Versorgungsanstalt für Parteiliebe?

Meine Damen und Herren,

dass sie Lobby für die Krankenhäuser machen und sich die Sorgen und Nöte anhören ist logisch, dass sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Häuser unterstützen auch. Das ist ihre Arbeit!

Aber dass sie immer wieder so tun, und ja auch Angst verbreiten indem sie suggerieren die Krankenhäuser könnten geschlossen werden, ist überzogen.

Es gibt Probleme aber diese Probleme sind lösbar.

Meine Damen und Herren, ja liebe Regierungsmitglieder, sie sollten sich nicht so wichtig nehmen. So wichtig wie Sie meinen, dass Sie es wären-das sind Sie nicht.

Keiner von uns, nicht Sie und auch nicht wir.

Wichtig sind die Menschen da draußen.

Helfen Sie den Häusern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und machen Sie Lobby in Brüssel die Gelder anderenorts zu suchen, wie erwähnt beim Senat, oder bei den 136 anderen Möglichkeiten im Dickicht der belgischen Bürokratie.

Kollegen und Kolleginnen,

generell ist der Begriff Gesundheitspolitik falsch –

Es geht nicht um Gesundheit sondern um Krankheit zu behandeln.

Und was sie unter Präventionspolitik verstehen hat in den seltensten Fällen etwas mit Vorbeugung zu tun.

Genügend Krankenhausbetten, oder genügend Hausärzte sind wichtig –

Aber die Prävention und Gesundheitsvorbeugung sollten dahin abzielen, dass die Menschen gesund bleiben – Gesundheit erhalten sollte das Ziel sein.

Und davon sind wir bekanntlich weit entfernt.

Die Gesundheitspolitik hat sich zu einem riesigen Geschäft der Pharmaindustrie entwickelt, staatlich gefördert und vom Steuerzahler finanziert.

Auch hier – Geld genug für vernünftige Aufklärung haben Sie –

Die Prioritäten sind eben nur falsch gesetzt.

Und wenn hier massiv Arbeit geleistet würde, dann würde man auch die nationalen Gesundheitskassen entlasten, Gelder frei setzen, und die Menschen nebenbei glücklicher machen.

Sie wissen doch: „Vorsorge kommt vor der Sorge!“

Meine Damen und Herren,

Wenn man den Mehrheitskollegen und der Regierung zuhört und sie von Millionen sprechen welche in diesen Bereich-Gesundheit und Soziales fließen, dann wartet man effektiv und mein Kollege hat dies gestern für einen anderen Bereich angesprochen, auf das ertönen der Trompeten und Posaunen.

Die DG hat im Jahre 2015: 266 Millionen Euro vom Steuerzahler erhalten.

Und in diesem Jahre werden es mehr als 300 Millionen Euro sein.

Enorm viel Geld, welches sie u.a. genau dafür erhalten.

Das ist ihre Arbeit, ihre Verantwortung und das sind die Zuständigkeiten der DG.

Ihre ständige Selbstbeweihräucherung geht den Leuten da draußen so was von auf den Geist.

Gestern ein Parade Beispiel von der PFF, den angeblich Liberalen.

Herr Freches meinte gleich vier oder fünfmal – dank den Liberalen, dank den Liberalen –

Was für ein Unsinn.

Gelder anders wo abzuzweigen, obwohl sie auch da eigentlich gar nicht vorhanden sind, der Föderalstaat sucht bekanntlich Milliarden und hier dann mit großem Getue zu verteilen ist keine Kunst –

Auch dies hat mein Kollege ihnen gestern erklärt – Das ist klassische Politik.

Die Gelder zu erwirtschaften ist etwas ganz anderes.

Nur gut, dass immer mehr Menschen das erkennen.

Auch das wissen sie – und sie wissen genau dass wir damit Recht haben.

Noch einige generelle Anmerkungen:

Die Vivant Fraktion hat in den letzten anderthalb Jahren 3 Resolutionen zu dem Bereich Gesundheit und Soziales eingereicht – alle wurden hier im Hause einstimmig verabschiedet.

Bei einigen wurden unsere Originaltexte fast eins zu eins übernommen.

In einer ging es um die Sozialpolitik und die Förderung von Seniorenengossenschaften auf dem Gebiet der DG – Sie erinnern sich –

Bei den zwei anderen handelte es sich um Maßnahmen bezüglich der Gesundheitsprävention.

Alle Fraktionen waren sich einig über die Richtigkeit und Wichtigkeit dieser Vorschläge.

Sie sehen,
sie können es also doch –
sich für neue Ideen öffnen –

Und dies muss mehr geschehen – denn ansonsten wird der Rotstift ob vom Föderalstaat oder jemand anders auch an Kernbereiche angelegt werden.

Wie bereits gestern erwähnt – haben wir auch in diesem Bereich immer wieder zahlreiche Empfehlungen eingebracht - können sie alle nachlesen –

Bei einigen scheint Einsicht zu bestehen – bei anderen nicht.

Auch im kommenden Jahr werden wir Vorschläge einbringen und hoffen auf Einsicht, lebendige Diskussionen und ein Umdenken.

Die Menschen da draußen, sie werden es ihnen danken.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter